



BU Nr. 188/2023

Notunterkunft für geflüchtete und obdachlose Menschen im Heuweg
- Beschluss über das weitere Vorgehen
- Zustimmung zu überplanmäßigen Aufwendungen

Gremium	am	
Gemeinderat	28.09.2023	öffentlich

Beschlussvorschlag:

1. Der Gemeinderat beschließt, von der Variante "Neubau von Räumlichkeiten im Heuweg" abzusehen. Vielmehr wird "auf Sicht" gefahren - hierfür werden die bestehenden Räume renoviert und die Strategie der dezentralen Unterbringung von Geflüchteten in angemieteten Räumlichkeiten entsprechend angepasst.
2. Der Gemeinderat stimmt überplanmäßigen Aufwendungen in Höhe von 70.000 EUR zu.

Haushaltswirtschaftliche Auswirkungen:

Kosten:	ca. 70.000 EUR
Ansatz Haushaltsplan lfd. Jahr:	248.000 EUR
Haushaltsplan Seite:	107
Produkt:	11.24.9000 - Gebäudemanagement/ Amt 23
Maßnahme (nur investiver Bereich):	-
Produktsachkonto:	42110000 - Unterhaltung der Grundst. und Gebäude
Überplanmäßige Aufw./ Ausz.:	Ja
Außerplanmäßige Aufw./ Ausz.:	Nein
Deckungsvorschlag:	Mehreinnahmen gegenüber dem Planansatz bei den Benutzungsentgelten für eingewiesene Menschen Produkt 11.24.9000 - Sachkonto 33211000

Bezug zum Kursbuch Weinstadt 2030:

Es besteht kein Bezug.

Verfasser:

15.09.2023/ Liegenschaftsamtsamt/ Heinisch

Mitzeichnung:

Fachbereich	Person	Datum	Ergebnis
Oberbürgermeister	Scharmann, Michael, Oberbürgermeister	20.09.2023	Zustimmung
Dezernat II	Deißler, Thomas, Erster Bürgermeister	21.09.2023	Zustimmung

Amt für Familie, Bildung und Soziales	Stubbe, Eleni	19.09.2023	Zustimmung
Hochbauamt	Göhner, Danielle	15.09.2023	Zustimmung
Liegenschaftsamt	Neher, Thilo	18.09.2023	Zustimmung
Finanzverwaltung	Weingärtner, Ralf	19.09.2023	Zustimmung

Sachverhalt:

In der Sitzung des Technischen Ausschusses am 14.09.2023 wurde anhand der BU 167/2023 über den Ersatz der vorhandenen Anlage durch eine neue Containeranlage zur Unterbringung von geflüchteten und obdachlosen Menschen im Heuweg in Großheppach beraten.

Nach wie vor übererfüllt Weinstadt durch die große Bereitschaft der Bürger zur Überlassung von Wohngebäuden die regelmäßigen Zuweisungszahlen - die Unterbringung ist aktuell gesichert. Durch die weitgehend dezentrale Struktur ist auch die Integration besser möglich. Eine Prognose über die künftigen Zuweisungszahlen ist angesichts der unsicheren politischen Lagen auf der ganzen Welt und den laufenden politischen Diskussionen nur schwer möglich. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Situation kurz bis mittelfristig mit der aktuellen Struktur bewältigt werden kann. Auch der finanzielle Aspekt spielt bei der Entscheidung über einen Neubau eine Rolle - die Kosten von ca. 2 Mio. EUR schränken angesichts der extrem angespannten Haushaltslage den Spielraum für andere sehr wichtige Projekte ein. Nach gründlicher Abwägung der Sachverhalte hat der TA im Beschluss dem Gemeinderat empfohlen zu beschließen, von einem Neubau abzusehen. Vielmehr sollen folgende Maßnahmen erfolgen:

- Die Zuweisungen von geflüchteten Menschen werden weiterhin aufmerksam von der Verwaltung beobachtet. Ändern sich die Rahmenbedingungen, wird die Verwaltung entsprechende Vorschläge machen.
Solange wird mit den bestehenden Unterkünften "auf Sicht" gefahren.
- Mit einem überschaubaren Aufwand sollen das Wohnheim und die Containeranlage im Heuweg renoviert werden (insbesondere neue Kücheneinrichtung, Malerarbeiten, Reparaturen von Defekten).
Damit können aus Sicht der Verwaltung die Räume für einen Zeitraum von mindestens 1-3 Jahren angemessen für die Unterbringung hergerichtet werden.

Es wird von einem Aufwand von max. 70.000 EUR ausgegangen. Da hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen, sollen mit dieser BU die entsprechenden überplanmäßigen Aufwendungen genehmigt werden.

- Die Verwaltung verfügt über einen Pool von Wohnungen, die für ukrainische Geflüchtete angemietet wurden.
Nachdem mit dem Beschluss entgegen der Variante "Neubau" keine zusätzlichen Kapazitäten geschaffen werden, soll behutsam mit der Rückgabe von Wohnungen an die Eigentümer umgegangen werden, um hier einen gewissen Spielraum zu haben.